

# Geschichte der Pharmazie

Bibl. d. TU.  
Braunschweig

4

DAZ-Beilage

## Redaktion:

Prof. Dr. Wolf-Dieter Müller-Jahncke

ISSN 0939-334X

Deutscher Apotheker Verlag Stuttgart

## „Wahrlich, er verdient nicht ein solches Loos“

### Zur Idee einer Apothekerversorgung am Beginn des 19. Jahrhunderts – eine Quelle zur Sozialgeschichte der Pharmazie

Von Robert Steffens, Saarbrücken

**Am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts intensivierte sich die Diskussion in der pharmazeutischen Fachpresse über die Schaffung einer Apothekerversorgung. In die diesen Überlegungen zugrundeliegenden Ideen gibt eine Quelle des vorpommerschen Landesarchivs Greifswald einen eindrucksvollen Einblick.**

Im Jahre 1818 entschloß sich der Apotheker Johann Friedrich Stock aus der kleinen pommerschen Stadt Neuwarp dem Medizinalkollegium in Stettin seine Vorstellungen über eine soziale Absicherung des Apothekerstandes zu unterbreiten: ein „Plan zur Unterstützung deren durch Unglücksfälle oder Nahrlosigkeit herunter gekommenen Apotheker, so wie der hinterbliebenen Wittwen und Waisen derselben und altgewordener Gehülfen“. Stock war keiner der berühmt gewordenen Pharmazeuten jener Zeit wie etwa Sertürner, Trommsdorff oder Bucholz, er war ein Vertreter des ganz „normalen“ Apothekers vor Ort, der unter den Bedingungen und Entbehrungen jener Nachkriegsjahre des beginnenden 19. Jahrhunderts seinen Geschäften nachging. Sein Plan erwuchs aus seinen persönlichen Erfahrungen und Ängsten und darf als ein beeindruckendes

kendes Dokument zur Sozialgeschichte des Apothekerstandes betrachtet werden.

### Die Situation

Neuwarp, das heutige Nowe Warpno, liegt an der Odermündung und gehörte ab 1818 zum Kreis Ueckermünde. Der gesamte Kreis besaß an der Schwelle zum 19. Jahrhundert knapp 25000 Einwohner, die von drei Apotheken versorgt wurden: eine in Pasewalk mit ca. 3900 Einwohnern, eine in der Kreisstadt Ueckermünde mit rund 2300 Einwohnern und die Apotheke in Neuwarp, einer Kleinstadt, die lediglich über etwa 1300 Einwohner verfügte. Hinzu kam noch, daß, im Gegensatz zu den beiden anderen Städten des Kreises, Neuwarp aufgrund seiner geographischen Lage praktisch über kein Hinterland ver-

### Zeitenwenden

...so hieß das Thema des Deutschen Wissenschaftshistorikertages 1996, und die letzte Tagung unserer DGGP in Soest war im sprachlich-wörtlichen Sinn in gewisser Weise auch das Ende einer Epoche in der verfaßten Pharmaziegeschichte.

Nach 16 Jahren Tätigkeit als Vorsitzender der DGGP habe ich mein Amt in jüngere Hände weitergegeben. Wenn ein Führungswechsel im Vorstand vielleicht nur bedingt als Wende anzusehen ist, muß doch die Notwendigkeit, bestehende Traditionen, Gegebenheiten, Riten etc. zu durchdenken und notfalls zu hinterfragen, immer wieder angemahnt werden. Es gehörte nicht erst beim Amtsantritt 1980 zu meinen Prämissen, das erkenntnistheoretische Fundament unserer Pharmaziegeschichte in enge Beziehung zu den jeweils darzustellenden Forschungsschwerpunkten zu setzen. Wenn die deutsche Pharmaziegeschichte im Rahmen der sich immer mehr etablierenden Wissenschaftsgeschichte ihren Platz „sui generis“ ausfüllen soll, bedarf es eines verbesserten organisatorischen Statuts, denn bis in die 70er Jahre hatte die DGGP ganz im Schatten und unlösbar verbunden mit der IGGP gestanden. Abschluß der Professionalisierungsbewegung in der DGGP war die 1992 in Rügen beschlossene neue Satzung, die nunmehr in Kraft getreten ist. Die damit verbundene Loslösung von der Muttergesellschaft IGGP war für viele ältere Kollegen nicht leicht nachzuvollziehen, aber sie war eine zwangsläufige Folge der Tatsache, daß wir in Deutschland mit anderen wissenschaftlichen Gesellschaften im Wettbewerb stehen.

Von wesentlicher inhaltlicher Bedeutung für die DGGP war die Einrichtung der pharmaziehistorischen Biennalen, mit denen ein Meilenstein in der deutschen Pharmaziegeschichte gesetzt wurde. Gemäß den Professionalisierungsbedingungen gehört zu einer Organisation neben äußeren Symbolen auch die Schaffung eines eigenen Periodikums: In der DAZ-Beilage „Geschichte der Pharmazie“ verfügen wir über ein hervorragend aufgemachtes und gut redigiertes Journal, und mit der Schaffung der Hans-Valentin-Medaille ist die DGGP auch in der Lage, Ehrungen durchzuführen.

So steht die DGGP am Ende meiner Amtszeit als lebendiges Gebilde vor uns. Bemerkenswert sind die vielen jüngeren Kollegen, die der Gesellschaft zunehmend ihr Gepräge geben. Durch professionelles Management, aber vor allem durch wissenschaftliche Aussagen, die erkenntnistheoretisch fundamentiert sind und über bloße Kasuistik hinausgehen, wird die deutsche Pharmaziegeschichte ihren Platz auch in Zukunft zu behaupten wissen, und so wünsche ich ihr unter der Führung von Dr. Klaus Meyer viel Erfolg.

Dr. Gerald Schröder



fügte (1). An weiteren Medizinalpersonen waren in Neuwarp lediglich ein Wundarzt und eine Hebamme verzeichnet. Die Bevölkerung lebte hauptsächlich von der Forstwirtschaft und vom Fischfang, doch muß angenommen werden, daß ein Großteil sich deutlich an der Armutsgrenze befand, was aus einem Schreiben eines Wundarztes herauszulesen ist, der, nachdem er sich vierzehn Tage in der Stadt umgesehen hatte, zu der Überzeugung gelangte, daß „die Einwohner derselben größten Theils aus Armen und Dürftigen“ bestehe (2). Demzufolge hatte es die Stadt schwer, nicht nur Ärzte anzusiedeln, ohne ihnen finanziell entgegenzukommen (3), sondern auch einen Apotheker zu gewinnen (4). Man holte aus diesem Grunde 1798 bei den vier Materialwarenhändlern der Stadt eine Einverständniserklärung für den Fall ein, daß sich ein Apotheker in der Gemeinde niederlassen wolle; denn dann könne dieser sich durch den Materialwarenhandel noch ein zusätzliches Einkommen sichern (5, 6).

### Die Person

Im Jahre 1807 allerdings bot sich dem niederlassungswilligen Apotheker Johann Friedrich Stock (7) ein ganz anderes Bild. Bedingt durch die schweren wirtschaftlichen Folgen der Befreiungskriege waren die Materialwarenhändler nicht mehr bereit, unwiderrprochen hinzunehmen, daß der Magistrat einem Apotheker – einem „Ankömmling“ – das Recht zugestehen wollte, neben Arzneimitteln auch noch mit Gewürzen und Materialwaren zu handeln. Nachdem ihnen zugetragen wurde, daß Stock sich in der Stadt niederlassen wolle, forderten sie daher den Magistrat auf, „dem Stock den Material und Gewürz Handel förmlich zu untersagen, denselben ferner aufzufordern, sich auch als Apotheker vorschriftsmäßig bey der Bürgerschaft zu legitimieren; denn sein Vorhaben ist einleuchtend genug, daß heißt zum Schein Apotheker – in der Hauptsache aber Materialist zu sein“ (8). Dennoch ließ sich Stock in seinem

Vorhaben nicht beirren. Er etablierte sich wohl Ende 1807/Anfang 1808 in Neuwarp; der genaue Zeitpunkt konnte nicht ermittelt werden, doch meldete die Kaufmannschaft im März 1808 wiederum an den Magistrat, sie habe erfahren, daß der seit kurzem etablierte Apotheker Stock „sich auch unternommen haben soll, mit Material-Waaren Handlung zu treiben“ (9). Stock leitete die Neuwarper Apotheke bis zum Jahre 1819 (10).

Die Einbindung von Berufen in das Bürgertum im Sinne einer politischen und sozialen Integration stellt nach H. Siegrist eine Möglichkeit dar, ein höheres Sozialprestige zu erlangen, und darf wohl im Professionalisierungsprozeß gerade im Bereich der Pharmazie als eine Alternative zur berufsbezogenen Strategie des Strebens nach Autonomie und Distanz gegenüber der Laienschaft angesehen werden (11). So sollte die anfängliche Skepsis der Kaufmannschaft gegenüber dem neuen Apotheker nicht allzu lange währen. Stock sicherte sich mit der Zeit eine feste Position in der Neuwarper Bürgergesellschaft und engagierte sich in der kommunalen Verwaltung als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, deren Vorsteher er von 1815 bis 1818 und erneut ab 1820 war (12, 13, 14).

Gleichzeitig arbeitete er in der „Kämmerey und Bürgercaße-Deputation“ und der „Einquartierungsdeputation“ mit (15). 1821 wählte man Stock für sechs Jahre zum Bürgermeister (16). Dieses besoldete Stadtamt bekleidete er bis zu seinem Tod im Jahre 1826. Inwiefern in seiner Wahl zum Bürgermeister ein Entgegenkommen zu sehen ist, dem ehemaligen Stadtpotheker wirtschaftlich unter die Arme zu greifen, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Doch ist zu vermuten, daß Stock nach seinem Ausscheiden als Apotheker zu jener Gruppe zu zählen war, die er selbst in seinem Plan als durch „Nahrlosigkeit heruntergekommene Apotheker“ bezeichnete. Diese Vermutung wird noch durch eine Bittschrift der Witwe Stocks aus dem Jahre 1826 an die Stadt bekräftigt, zu der der Magistrat, der diese Bittschrift zur Beschlußfassung an die Stadtverordnetenversammlung weiterleiten mußte, wie folgt Stellung bezog: „Wenn deren Angabe der Wahrheit gemäß, dann ist ihre Lage höchst bedauerns würdig und verdiente wohl hieselbst der Unterstützung“. Wegen der nur kurzen Amtszeit Stocks als Bürgermeister hatten der Witwe wohl keine Pensionsansprüche zugestanden. Die Stadtverordnetenversammlung jedoch ließ sich

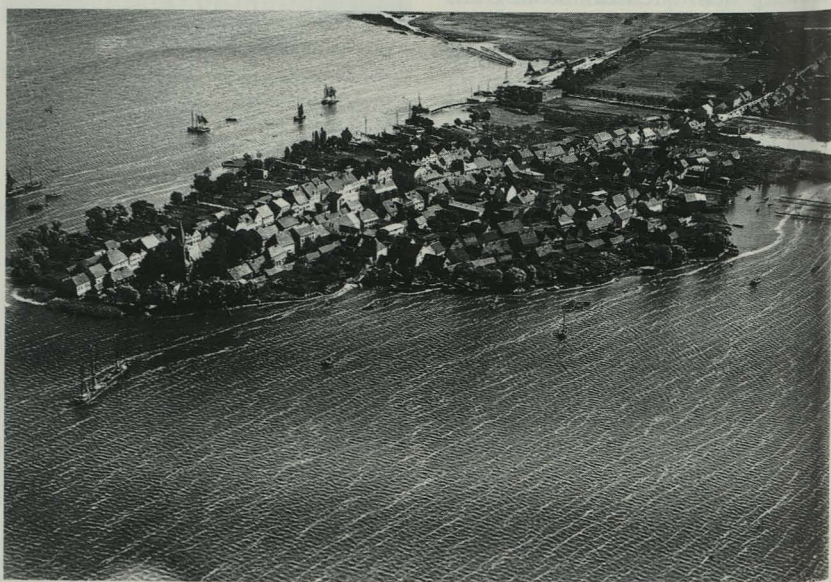


Abb. 1: Luftbildaufnahme der Stadt Neuwarp aus dem Jahre 1931 (30).



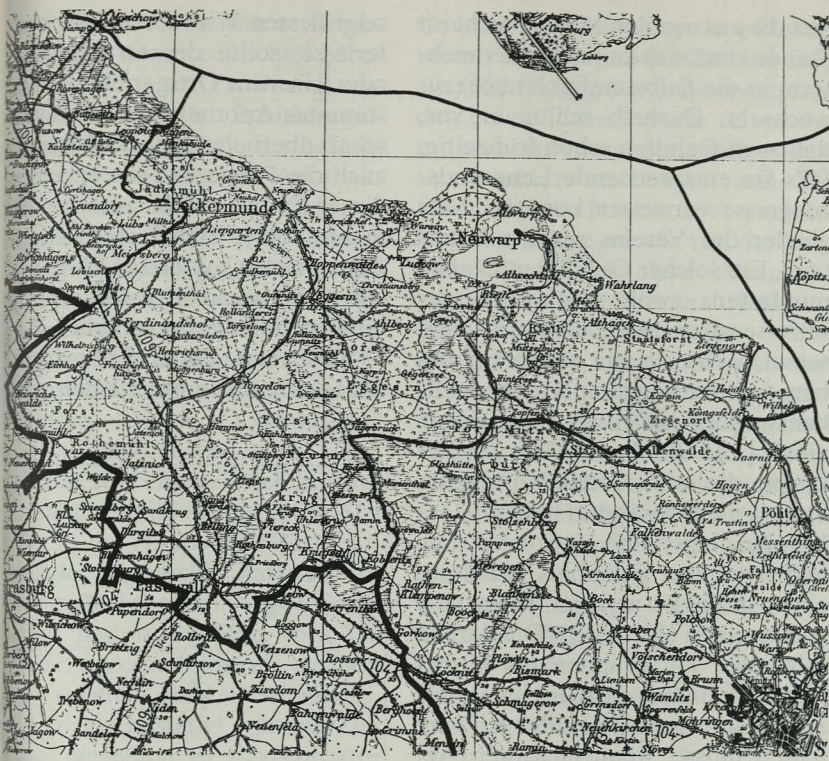


Abb. 2: Der Kreis Ueckermünde mit den Städten Ueckermünde, Pasewalk und Neuwarp vor 1939 (28).

nicht erweichen und genehmigte die erbetene Unterstützung nicht, da man der Stadt „keine neuen Lasten aufbürden“ könne (17).

### Die Absicht

„Schon längst hatte ich die Idee, daß es in dieser achtungslosen Zeit ein Haupt-Erfordernis sey, wenn Individuen einzelner Claffen sich edelmüthig vereinigten, um sich, im Fall unter ihnen einzelne Mitglieder schuldlos in ihrem Nahrungsstand zurückkämen, gegenseitig und mit gesamten Kräften zu unterstützen, damit sie ihrem Geschick nicht mit-erlägen.

Vorzugsweise eignen sich die Apotheker zu dieser Vereinigung, da es ihnen fast unmöglich ist, aus eigenen Kräften wieder sich aufzuhefen, und sie der Natur ihrer Berufsgeschäfte wegen, gewiß kein festes Capital verdienen.“

So beginnt Stock 1818 sein Anschreiben an das Medizinalkollegium in Stettin, mit dem er seinen „Plan zur Unterstützung deren durch Unglücksfälle oder Nahrlosigkeit herunter gekommenen Apotheker, so wie der hinterbliebenen

Wittwen und Waisen derselben und altgewordener Gehülfen“ annonciert hatte (18). Sicherlich ließ Stock sich in der Formulierung seines Plans auch durch die Veröffentlichungen anregen, die immer wieder seit 1809 vor allem in Trommsdorffs „Journal der Pharmacie für Aerzte, Apotheker und Chemisten“ oder im „Berlinischen Jahrbuch für die Pharmacie“ publiziert wurden – initiiert von den Erfurter Apothekern Christian Friedrich Bucholz (1770–1818) und Adolph Ferdinand Gehlen (1775–1815) (19). Doch zeigen Stocks Vorschläge, im Gegensatz zum Stiftungscharakter der Bucholz-Gehlen-Stiftung, bereits deutlich Ansätze einer Pflichtversicherung unter staatlicher Aufsicht für alle Apotheker, also für aktive oder verarmte Apothekenbesitzer und niederlassungswillige oder alte Gehülfen (20); denn „selbst der Begüterte“ könne, so Stock, „nicht mit Gewisheit behaupten [...], sein Glücksstern werde dauernd scheinen“ (21). Und gerade für in Not geratene Landapotheker begründete er seinen Plan wie folgt:

„Ein moralisch guter und seine Pflicht mit Gewissenhaftigkeit ausübender Apotheker ist ein sehr

nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft. Nebst dem Arzte ist seine Betriebsamkeit nur darauf gerichtet, die Leiden der Menschheit zu lindern. Für das Glück derselben opfert er manche Lebensfreude, ja nicht selten seine Gesundheit auf. Auf jede Minute und zu jeder Stunde muß er bereit seyn, zur Beförderung des Menschenwohls sich thätig zu beweisen, und wenn er nicht gefühllos gegen menschliches Elend ist und seyn kann, so erleidet er auch noch manchen Ausfall bey seinen auf Kredit gegebenen Arzneyen.

Wie sehr ist also ein solcher Mann zu bedauern, wenn das Schicksal ihn in eine Lage versetzt, worin er mit Nahrungsorgen kämpfen muß, und wie wehe muß es ihm thun, wenn er mit einem gefühlvollen Herzen eine kummervolle Aussicht hat. Wahrlich, er verdient nicht ein solches Loos“ (22).

### Der Plan

Aus diesen Überlegungen heraus entwickelte Stock seinen Unterstützungsplan, den er schließlich 1818 mit äußerst sensibler Feder zu Papier brachte. Er gliederte seinen Plan in insgesamt 53 Paragraphen, die peinlich genau die Mitgliedsbedingungen für den zu schaffenden Verein, die Modalitäten der Beitragsberechnung, die Bedingungen für den Erhalt der Unterstützung sowie den Aufbau der Verwaltungsstruktur und des Rechnungswesens regelten.

Stocks Vorstellungen basierten darauf, daß jeder Apothekenbesitzer in Preußen einem zu gründenden Unterstützungsverein beitreten müßte (§ 1), dessen Existenz durch eine königliche Garantie zu sichern wäre (§ 2). Der Zweck des Vereins sollte darauf abzielen, Apotheker, die unverschuldet in existenzielle Not geraten sind, „brüderlich und collegialisch“ zu unterstützen und Witwen, Waisen sowie „altgewordenen, beständig in Aktivität gestandenen Gehülfen der Pharmazie eine den Umständen nach temporäre oder lebenslängliche Pension angedeihen zu lassen“ (§ 3). Zur Realisation schlug Stock vor, Beitragsklassen zu bilden, je nachdem, ob ein Apothe-



ker in einer Klein-, Mittel- oder Großstadt seinen Betrieb habe (§ 4), wobei ein Apotheker einer Kleinstadt (bis 3000 Einwohner) maximal pro Jahr eine Quote von 10 Reichstalern, der einer Mittelstadt (3000 bis 10000 Einwohner) von 15 und der einer Großstadt (über 10000 Einwohner) von höchstens 20 Reichstalern zu leisten habe. Mehr dürfe jährlich nicht eingetrieben werden. Anstehende Unterstützungen, die über die so eingezeichnete Summe hinausgehen sollten, müßten auf das Folgejahr verschoben werden (§§ 5, 6). Die jeweils gewährte, einmalige Unterstützung für einen in Not geratenen Apotheker bemaß Stock sehr hoch, abgestuft wieder nach der Stadtgröße: 10000, 15000 bzw. 20000 Reichstaler mindestens; denn eine „mindere Summe würde ihm nicht soweit aufhelfen und seiner Betriebsamkeit so nützlich werden, daß er in der Folge keiner Unterstützung mehr bedürfe“ (§ 7). Dadurch sei er außerdem „in den Stand gesetzt, sich und seine Familie redlich zu ernähren, ohne dem Verein wieder zur Last zu fallen, welches letztere ausdrücklich als unabänderliche Bestimmung gilt“. Lediglich bei Apothekern, die von einer Brandkatastrophe betroffen waren, sollte eine Ausnahme von der Einmaligkeit der Zahlung zugelassen werden (§ 8).

Eine Unterstützung durch den geplanten Verein war jedoch nicht nur für einen Apotheker vorgesehen, der in Not geraten war. Prinzipiell mußte die Unterstützung auch aus anderen Gründen ermöglicht werden, wie etwa zur Erweiterung des Betriebes; doch wenn „ein Apotheker in den ersten Jahren seiner Selbständigkeit auf Unterstützung antrüge, ohne durch schleunige, unvorhergesehene Unglücksfälle in eine Lage gekommen zu seyn, daß er derselben bedürfe, so hat derselbe die Vermuthung wider sich, daß er auf gedachte Unterstützung schon bey seinem Etablissement gerechnet. Um diesem möglichen Fall vorzubeugen, steht es einem Apotheker nur frey, nach Verlauf von zehn Jahren auf Unterstützung anzutragen“ (§ 9). Diese weite Auslegung einer möglichen Unterstützungskasse sollte es, nach den Vorstellungen Stocks, auch den „Gehül-

fen, die aus eigenen Mitteln nicht im Stande sind, sich zu fixiren“ erleichtern, in die Selbständigkeit überzuwechseln. Deshalb schlug er vor, daß auch Gehilfen schon frühzeitig, falls sie entsprechende Leumundszugnisse vorweisen könnten, Mitglieder des Vereins werden könnten. „Ein solcher Gehülfe muß aber mindestens zwölf Jahre unausgesetzt serviren, auch eben so lange seine Beytragsquote entrichtet haben, sich eines exemplarischen Lebenswandels befleißigen, und damit dieser [...] beßer beobachtet werden könne, die letzten fünf Jahre seine Station nicht verändert haben“. Dabei allerdings sollte ein solcher Gehülfe nur die Erlaubnis erhalten, eine Apotheke in einer Kleinstadt zu betreiben (§§ 10–13). Die darauf folgenden Paragraphen (§§ 14–18) dienten lediglich dazu, bis ins Detail zu regeln, wie ein Gehülfe sich verhalten müsse, wenn er seinen Arbeitgeber wechsele oder ins nicht-preußische Ausland gehe, damit er seine Ansprüche nicht verliere – also etwa welche Zeugnisse oder Atteste er benötige oder wie er seine Beiträge zu entrichten habe, wobei die Gewährung einer Hilfe nur im Inland möglich sein sollte. Neben diesen einmaligen Unterstützungen sah Stock in seinem Plan vor, an Witwen, Waisen und alte Gehilfen Pensionen zu zahlen. Witwen sollten prinzipiell nur dann Anspruch auf eine Pension erhalten, wenn ihr verstorbener Ehemann bis zu seinem Tode durch den Verein keine Unterstützung erhalten hatte und sie „den gesetzlichen Nachweis führen können, daß sie nicht im Stande sind, sich und ihre etwaigen Kinder nach dem Tode ihres Mannes zu ernähren“, wenn sie ferner sich eines ehrbaren und, wie es hieß, einer Witwe geziemenden Lebenswandels befleißigten und auch nicht die Apotheke durch einen Provisor leiten ließen. Die Pension sollte lebenslänglich bzw. bis zu einer möglichen Wiederverheirathung in jährlichen Raten zu 200 Reichstalern gezahlt werden. Für jedes noch nicht volljährige Kind wurde ein Zuschlag von je 100 Reichstalern vorgesehen – bei Söhnen bis zum zwanzigsten und bei Töchtern bis zum achtzehnten Lebensjahr (§§ 20–24). Für den Fall, daß ein Apotheker

oder dessen Witwe Vollwaisen hinterlasse, sollte der Ortsapotheker oder ein vom Ortsgericht dazu bestimmter Apotheker die Vormundschaft übernehmen und nötigenfalls auch die Pflege und die Erziehung dieser Kinder, wofür auch ihm Alimente von je 100 Reichstalern gezahlt werden sollten (§§ 26–29). Auf die Pension altgewordener Gehilfen gehen die Paragraphen 31 bis 33 näher ein: „Diese Unterstützung aber, kann ihnen nur werden, wenn

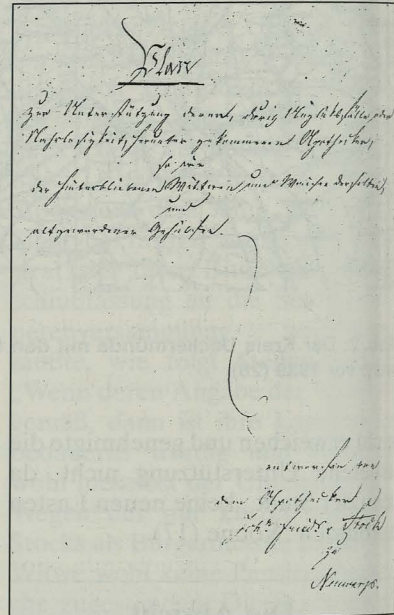


Abb. 3: Titelblatt von Stocks Unterstützungsplan (29).

das Alter herannahet und in Hinsicht ihrer Körper- und Seelenkraft schon eine Abnahme zu erwarten steht. Ich würde den Eintritt ins 50te Jahr als diese Periode vorschlagen. [...] Eine Pension von 200 rthr. jährlich würde hinreichen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.“ Falls ein Pensionsempfänger erkrankte, so sollten die Ortsapotheker die Lieferung der Medikamente nach der Armensteuer oder nach dem Einkaufspreis berechnen, und „die Aerzte des Orts werden ihnen gewiß ohne Interesse ärztliche Hülfe leisten, da sie sich durch eine langjährige Berufstreue ihrer Achtung würdig gemacht haben“.

Die Paragraphen 34 bis 42 beschreiben sehr genau, wie sich Stock den Verwaltungsaufbau seines Vereins



vorgestellt hatte. In jedem Regierungsbezirk der preußischen Monarchie sollte eine Provinzialkommission am Sitz der Bezirksregierung gebildet werden: „Sie besteht aus zwey der achtbarsten Apotheker des Orts, die durch Stimmenmehrheit sämtlicher Apotheker des Departements [...] gewählt und von dem Königl. Medizinal-Collegio bestätigt werden. Der Regierungs- und Medizinal-Rath des Departements führt ein für allemal die Direktion dieser Commiſſion“ (§ 34). „Sämtliche Provinzial-Commiſſionen concentriren sich in einer Central-Commiſſion, die ihren Sitz in Berlin, der Haupt- und Residenz-Stadt der Monarchie hat und aus vier der achtbarsten Apotheker Berlins besteht, welche von den Provinzial-Commiſſionen gewählt und von dem Königl. Ober-Medizinal-Collegio bestätigt werden. Der Präses derselben ist der Direktor des Ober-Medizinal-Collegiums“ (§ 35). Neben der obersten Leitung sollte die Zentralkommission eine Liste sämtlicher Mitglieder und Leistungsempfänger führen sowie die Rolle einer Provinzialkommission für die im Ausland beschäftigten Gehilfen übernehmen. Halbjährlich mußten die Provinzialkommissionen ihre Berichte und Mitgliederlisten der Zentralkommission melden. Die Gelder sollten von den Kassenwarten nur bei Bedarf eingezogen werden, mit Ausnahme der regelmäßig zu zahlenden Pensionsgelder. Ein ausgeklügeltes System von Belegen und Gegenbelegen sollte den Zahlungsverkehr transparent machen. Darüber hinaus forderte Stock von Staats wegen Portofreiheit für die Korrespondenzen und Geldüberweisungen des Vereins (§ 42).

Die restlichen Paragraphen gehen schließlich sehr detailliert darauf ein, wie zu verfahren sei, wenn ein Apotheker um Unterstützung nachsuche:

„Befindet sich ein Apotheker in der Lage, daß die Bedingungen voranstehenden Plans bey ihm erfüllt sind, so meldet er sich bey der ihm vorgesetzten Provinzial-Commiſſion und fügt dieser Anzeige verzüglich sein Curriculum Vitae, nächst dem alle, für ihn sprechenden Attestate [...] bey. Die Provinzial-

Commiſſion prüfet nun diese Dokumente und bestimt [!] ihm, im Fall sie gegen ihn nichts zu erinnern findet, einen Termin, worin er vor ihr mit seinen ordnungsgemäß geführten Büchern erscheinen muß. Er führt hier den Nachweis von seiner Vermögenslage, so wie von der Unmöglichkeit, sich ohne Unterstützung länger zu ernähren.“ (§ 43)

Die Provinzialkommission sollte nun daraufhin entscheiden, ob der Bittsteller der Unterstützung würdig sei, und dann an die Zentralkommission berichten, um ihrerseits schließlich das Umlageverfahren zur Erhebung der Beiträge der einzelnen Mitglieder einzuleiten (§§ 44–50). Ähnlich sollte bei der Genehmigung von Pensionen für Gehilfen, Witwen und Waisen verfahren werden.

Voller Selbstvertrauen unterbreitete Stock diesen Plan dem Stettiner Medizinalkollegium: „In der Voraussetzung eines guten Erfolgs also habe ich diesen Plan projectirt, mit dem Wunsche, daß mehr erleuchtete Beschützer, Freunde und Männer meines Fachs ihn als Basis benutzen [!] mögen, ein vollkommenes Gebäude darauf zu errichten“ (23).

### Die Ablehnung

Die Antwort aus Stettin kam prompt. Bereits am 28. März 1818 antwortete das Königliche Medizinalkollegium in einem ausführlichen, zweiseitigen Schreiben. Man bescheinigte Stock, daß er „menschenfreundlich und patriotisch dem Vaterlande einen Vorzug durch eine [solche, d.V.] Einrichtung zu geben wünsche“; doch zustimmen wollte man seiner Idee nicht:

„Die Apotheker sind im Besitz eines einträglichen, durch den Staat geschützten und begünstigten Gewerbes, das sie zugleich berechtigt als Materialwarenhändler oder als Laboranten chemischer Produkte auf sehr mannigfaltige Weise zu gewinnen. Wo also eine einigermaßen vorteilhafte Situat[ion] ist, hat es lediglich sich selbst oder dem ungünstigen Zufall, der von keiner menschlichen Unternehmung ausgeschlossen sein kann, zuzuschrei-

ben, wenn er nicht hinreichen Brod erwirbt“ (24).

Um nicht in eine solche Notlage zu geraten, müsse eben ein niederlassungswilliger Apotheker selbst prüfen, ob sein Kapital ausreiche, ob der Einzugsbereich ihm genüge oder ob ihm „die Localitätsverhältnisse nicht zuwider seien“. Diese Ungewißheiten für seine Zukunft habe ein Apotheker genauso zu tragen wie jeder andere Gewerbetreibende. Ein Verein, der einem jungen, mittellosen Apothekergehilfen eine Bargeldunterstützung für den Erwerb einer Apotheke in Aussicht stelle, würde nur junge Männer, „die als Gehülphen ihr kleines aber sicheres Auskommen haben, zum unüberlegten vorschnellen Etabliren“ verleiten, was „nur der Trägheit und Gewinnsucht Spielraum geben“ würde: „Das Etabliren junger Apotheker allzu sehr erleichtern heißt, den Werth der Apothekenprivilegien und die Sache der Pharmacie gefährden“. Gegen die übrigen Risiken beständen dagegen bereits ausreichend Möglichkeiten, sich zu schützen. So könnten die Apotheker Mitglied bei einer Feuerversicherungsanstalt werden oder zur Versorgung ihrer Witwen sich frühzeitig in eine Witwenkasse einkaufen; und weiter: „Für altgewordene verdienstlose Gehülphen ist schon die Tromsdorfsche Unterstützungsanstalt vorhanden“ (25).

Damit war Stocks Plan abgelehnt. Über eine etwaige Reaktion auf die Ablehnung ist in den Akten nichts mehr zu finden. Das Schriftstück belegt jedoch eindrucksvoll, daß die zu Beginn des 19. Jahrhunderts sich langsam bildenden Unterstützungsvereine und -kassen überfällig und mehr als notwendig waren. Nach und nach gewährten in der Folgezeit der „Apothekerverein im nördlichen Teutschland“, aber auch die Apothekerorganisationen in Bayern, Böhmen und im deutschen Südwesten Pensionen (26), die Gründung einer „Wittwen und Waisen-Kasse“ leitete der „Apothekerverein im nördlichen Teutschland“ 1844 ein (27).

Stocks Ideen waren fortschrittlich, und sie entwuchsen aus seinem persönlichen Erfahrungsbereich. In der Zeit des frühen 19. Jahrhunderts, in der die Grundlagen der Pharmazie



als Wissenschaft gelegt wurden, erlauben jedoch solche Aspekte, wie sie in dieser Quelle durchscheinen, einen nicht zu vernachlässigenden Einblick in ein Apothekerdasein abseits der großen Entdeckungen.

## Anmerkungen

- (1) Berghaus' Landbuch von Pommern und Rügen. II. Theil Bd. 1, o.O. [1865], S. 939f. Danach hatte 1798 Neuwarp 1223 Einwohner und im Jahre 1816 1412 Einwohner. Vgl. hierzu auch Buchwitz, O.: Neuwarp, Dt. Städtebuch, I, 1939, S. 206f.; Kumpf, Walter: Die Stadt Neuwarp. In: Vollack, Manfred: Der Kreis Ueckermünde bis 1945. Ein pommersches Heimatbuch. Hamburg 1981, S. 524–530.
- (2) Vorpommersches Landesarchiv Greifswald (VLG), Rep. 38b, Nr. 782 (Neuwarp), Protokolle der Stadtverordneten-Versammlung 1827, Bl. 85: Brief Ringel an die Stadtverordneten-Versammlung vom 23. April 1827.
- (3) VLAG, Rep. 38b, Nr. 827 (Neuwarp), Beschlußprotokolle der Stadtverordneten-Versammlung 1822–1826, Bl. 212: Protokoll vom 2. Juni 1826 u. Bl. 213: Brief Dr. Berkun an den Bürgermeister vom 1. Mai 1826. – Berkun wäre nur bereit gewesen, sich in der Stadt als Arzt niederzulassen, wenn ihm zusätzlich von der Stadt ein festes Gehalt sowie das benötigte Brennholz zugesagt worden wäre.
- (4) VLAG, Rep. 38b, Nr. 324 (Neuwarp), Anstellung von Apothekern in Neuwarp und deren Freiheit zum Handeln 1798f., Bl. 4: Aktenniederschrift vom 7. Mai 1798.
- (5) Wie Anm. 4, Bl. 2: Brief vom 12. Juni 1798 und Bl. 3: Aktenniederschrift vom 18. Juni 1798.
- (6) Zur Frage des Materialwarenhandels durch Apotheken vgl. Stürzbecher, Manfred: Zur Frage des Kaffee- und Tabakhandels in den Apotheken. In: Zur Geschichte der Pharmazie [7] (1955), S. 20f. Ganzinger, Kurt: Über die ökonomische und soziale Krise der deutschen Pharmazie an der Wende zum 19. Jahrhundert. In: Dann, Georg Edmund (Red.): Die Vorträge der Hauptversammlung der Internationalen Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie e.V. während des Internationalen Pharmaziegeschichtlichen Kongresses in Rotterdam vom 17.–21. September 1963 (Veröffentlichungen der Internationalen Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie e.V., Neue Folge; Bd. 26). Stuttgart 1965, S. 51 bis 60.
- (7) Die genauen Lebensdaten von Stock konnten noch nicht ermittelt werden.
- (8) Wie Anm. 4, Bl. 8f.: Brief der Kaufmannschaft an den Bürgermeister [1807].
- (9) Wie Anm. 4, Bl. 10: Brief der Kaufmannschaft an den Magistrat vom 23. März 1808.
- (10) Jahrbuch der Provinz Pommern, Bd. 2. Stettin 1824, S. 112.
- (11) Siegrist, Hannes: Bürgerliche Berufe. Die Professionen und das Bürgertum. In: Ders. (Hrsg.): Bürgerliche Berufe. Zur Sozialgeschichte der freien und akademischen Berufe im internationalen Vergleich. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 80). Göttingen 1988, S. 11–48.
- (12) VLAG, Rep. 38b, Nr. 620 (Neuwarp), Protokolle der Stadtverordneten-Versammlung 1815–1818, Bl. 221: Protokoll vom 16. April 1818.
- (13) Nach der neuen preußischen Städteordnung vom 19. November 1808 bestand die Stadtverwaltung aus den Stadtverordneten und dem Magistrat. Die Stadtverordneten, die die Angelegenheiten des Gemeinwesens vertraten, wurden in einer öffentlichen Versammlung mit geheimer Stimmabgabe nach relativer Mehrheit gewählt. An der Spitze stand ein für drei Jahre gewählter Vorsteher. Der Magistrat setzte sich zusammen aus dem Bürgermeister und dem Kämmerer, die besoldet wurden, und vier bis sechs ehrenamtlichen Ratsmännern. Die Amtszeit betrug üblicherweise sechs Jahre. Vgl. Fenske, Hans: Die Verwaltung Pommerns 1815–1945. Aufbau und Ertrag (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Pommern; Bd. V/26). Köln 1993, S. 53–55.
- (14) Die Mitarbeit des Apothekers in der Verwaltung der pommerschen Städte war hochwillkommen. Gerade in Pommern (Ackerbürgerstädte) war das Bildungsniveau sehr gering, so daß die neue preußische Städteordnung nur mit Schwierigkeiten eingesetzt werden konnte. Die Städte waren oft nicht in der Lage, Wahlen in eigener Regie durchzuführen, so daß staatliche Kommissare eingreifen mußten. Vor allem wegen der durch die lange Kriegszeit in Unordnung geratenen Finanzverhältnisse sah sich oftmals auch die Kommunalverwaltung genötigt, einzugreifen. Wie Anm. 13. Mehr hierzu bei Eggert, Oskar: Die Einführung der Städteordnung in Pommern. Hamburg [1954].
- (15) Wie Anm. 12, Bl. 72.
- (16) Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Stettin 11 (1821), S. 384.
- (17) VLAG, Rep. 38b, Nr. 876 (Neuwarp), Unterstützung für die verwitwete Frau des Bürgermeisters Stock: Brief des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung vom 15. Oktober 1826 und wie Anm. 3, Bl. 222. Erst nach einer erfolgten Wiederwahl der Magistratsmitglieder nach einer Amtszeit von sechs Jahren war die Gewährung einer Pension möglich. Wie Anm. 13.
- (18) VLAG, Rep. 61, Nr. 15: Acta des Königl. Medicinal Collegii betreffend den von dem Apotheker Stock zu Neuwarp dem Medicinal Collegio zur Prüfung übersandten, von ihm entworfenen Plan zur Unterstützung der durch Unglücksfälle oder Nahrlosigkeit heruntergekommenen Apotheker, sowie auch der hinterbliebenen Wittwen und Waisen derselben und alt gewordener Gehülfen. – Die gesamte Akte besteht neben diesem Anschreiben vom 13. März 1818 (Bl. 1 V+R) und der Abschrift der Antwort des Medicinalkollegiums vom 28. März 1818 (Bl. 29 V+R) aus dem 29seitigen, von Stock selbst durchpaginierten eigentlichen Plan, der neben dem Titel (Bl. 1a), der Präambel (S. 1–3) insgesamt 53 Paragraphen umfaßt. Er ist auf den 11. März 1818 datiert. – Falls nachfolgend nichts anderes angegeben wird, bezieht sich der Text auf die Paragraphen dieser Quelle.
- (19) Die von Buchholz und Gehlen begründete Stiftung, später als „Buchholz-Gehlen-Trommsdorffsche Stiftung“ bezeichnet, geht auf einen Aufsatz der beiden zurück, der betitelt wurde mit „Gedanken und Vorschläge über die Verbesserung der Lage armer Individuen aus der dienenden Klasse der Apotheker im Alter, und dadurch zugleich zur bessern Ausübung der Kunst selbst“. In: Journal der Pharmazie für Aerzte, Apotheker und Chemisten, Bd. 18, 2. Stock. (1809), S. 3–23 bzw. auch in: Berlinisches Jahrbuch für die Pharmazie 14 (1809), S. 1–25.
- (20) Die Buchholz-Gehlen-Stiftung hatte 1811, also drei Jahre nach dem Gründungsauftrag, lediglich acht freiwillige Beitragszahler, die insgesamt 63 Reichstaler und 12 Groschen gestiftet hatten. Nach dem Tod der beiden Gründer wurde der Fortgang der Stiftung vor allem durch Johann Bartholomäus Trommsdorff (1770–1837) forciert. 1818 – in dem Jahr also, in dem auch Stock seinen Plan verfaßte – verfügte die Stiftung über 1103 Reichstaler, 20 Groschen und 5 Pfennige. Das Ziel, mit der Unterstützung Hilfsbedürftiger zu beginnen, wenn das Stiftungsvermögen jährlich 1000 Reichstaler allein an Zinsen aufbringen werde, mußte aufgrund des schleppenden Fortganges aufgehoben werden. Auch Trommsdorff schlug daher 1821 vor, durch staatliche Unterstützung den Verein zu fördern. Erst im Jahre 1833 jedoch konnte die erste Unterstützung gewährt werden. Zur Geschichte dieser Stiftung – allerdings unter dem Aspekt der marxistischen Pharmaziehistoriographie jener Zeit – vgl. Säubert, Adolf: Aus der Geschichte der „Buchholz-Gehlen-Trommsdorffschen Stiftung würdiger invalider Apothekergehülfen“ in Erfurt. In: Beiträge zur Geschichte der Universität Erfurt (1392–1816), Heft 16. Leipzig 1971/72, S. 99–124.
- (21) Wie Anm. 18, S. 2f.
- (22) Wie Anm. 18, S. 1 (= Bl. 1a R).
- (23) Wie Anm. 18, S. 3.
- (24) Wie Anm. 18, Bl. 29: Brief des Medicinalkollegiums Stettin an Stock vom 28. März 1818 (Entwurf).
- (25) Interessant ist hierbei, daß das Medicinalkollegium sich bei der Ablehnung des Stock'schen Planes auf die Erfurter Stiftung berief, obwohl diese zu jener Zeit keine Unterstützungen auszahlte und die Finanzierungsdecke noch alles andere als erfolgversprechend war. Die erste Unterstützung datierte auf das Jahr 1833. 1834 wurden dann insgesamt drei Unterstützungsempfänger registriert, die zusammen lediglich 90 Reichstaler pro Jahr erhielten. Vgl. Anm. 20, S. 108.
- (26) Vgl. dazu Berlinisches Jahrbuch für die Pharmazie 20 (1819), S. 1–21; Archiv des Apothekervereins im nördlichen Teutschland I (1822), H. 3, S. 221–224 und XXXIV (1843), H. 2, S. 108–120; Repertorium der Pharmazie 11 (1821), S. 366 und 12 (1822), S. 329.



- (27) Vgl. Archiv des Apothekervereins im nördlichen Teutschland XXXVIII (1844), H. 3, S. 352 und LI (1847), S. 374.
- (28) Kartenausschnitt aus Barran, Fritz R.: Städteatlas Pommern. Leer 1989, S. 168. – Die neuere Karte aus dem 20. Jahrhundert wurde wegen der besseren Übersichtlichkeit gewählt. Die Entfernung Uecker-münde-Neuwarp beträgt ca. 2,5 geogr. Meilen. Vgl. hierzu auch die historischen Karten aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Reymanns Special-Karte von Central Europa Bl. 43, Pasewalk (um

1850) und Generalstabskarte Bl. 93, Pasewalk (nach 1841); beide Karten sind in der Kartensammlung des Herder-Instituts Marburg vorhanden.

(29) Wie Anm. 18.

(30) Herder-Institut Marburg, Luftbildarchiv Nr. 57628.

\*) Die Publikation gründet auf Archivrecherchen, die der Autor während seiner Tätigkeit in der Abteilung für Geschichte der Pharmazie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität

Greifswald durchgeführt hat. Für ihre wertvolle Hilfe während den Vorarbeiten sei insbesondere Frau Hanske, Vorpommersches Landesarchiv Greifswald, Herrn Apotheker Holm-Dietmar Schwarz, Olsberg, und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Herder-Instituts in Marburg gedankt.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Robert Steffens

Hochberg 3

67551 Worms

## IGGP-MITTEILUNGEN

für die Mitglieder der Internationalen Gesellschaft  
für Geschichte der Pharmazie e. V.  
Société Internationale d'Histoire de la Pharmacie  
International Society for the History of Pharmacy

### Veranstaltungen

#### 17. Pharmaziegeschichtliches Seminar in Tübingen

Am 1. Mai 1996 fand in Tübingen das 17. Pharmaziegeschichtliche Seminar der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg statt. Unter der Moderation von Prof. Dr. Armin Wankmüller nahmen 20 Personen an der Fortbildungsveranstaltung teil.

Traditionsgemäß eröffnete ein ausländischer Gast den Reigen der Referate: Margareta Härdelius, Stockholm, Vorsitzende der Schwedischen Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie, gab einen Überblick über die Geschichte der Stockholmer Apotheken.

Mag. phil. Andreas Winkler, Sproß einer traditionsreichen Innsbrucker Apothekerfamilie, referierte am Beispiel seiner Vorfahren über „die Apothekerausbildung am Vergleich dreier Generationen zwischen 1760 und 1830“, und Apotheker Stefan Rothfuß, Tübingen, stellte die von 1741 bis 1798 erschienenen sieben Ausgaben der Pharmacopoea Wirtembergica vor.

Das nächste Pharmaziegeschichtliche Seminar der LAK Baden-Würt-

temberg findet voraussichtlich am 1. Mai 1997 in Tübingen statt.

#### Aktivitäten der DGGP-Regional- gruppen

Regionalgruppe Thüringen: Am 31. August 1996 Besuch der Ausstellung „Paracelsus – Werk und Zeit“, im EGA-Gelände in Erfurt. Die Ausstellung wurde von der Stadt Einsiedel/Schweiz, dem Geburtsort von Paracelsus, gestaltet.

Regionalgruppe Westfalen-Lippe: Jahrestagung am 3. August 1996 im Apothekergarten auf der Landesgartenschau in Lünen. Bei der Veranstaltung hielt Apotheker Dr. Klaus Meyer einen Vortrag zum Thema „Friedrich Wilhelm Sertürners Entdeckung des Morphiums – an der Schwelle zur Phytochemie“.

\*

Die Accademia Italiana Di Storia Della Farmacia hat ihren nationalen Kongreß 1996 am 25./27. April 1996 in Genua im Palazzo Ducale abgehalten.

\*

Der Kring voor de Geschiedenis van de Pharmacie in Benelux führte seine Jahrestagung vom 11./12. Mai 1996 in Vlissingen durch.

### Sonstiges

Am 30. September 1996 wurde in Braunschweig Frau Prof. Dr. **Erika Hickel**, die bisherige Leiterin der Abteilung für Geschichte der Pharmazie und der Naturwissenschaften an der TU Braunschweig im Rahmen einer Feierstunde in den Ruhestand verabschiedet, nachdem sie zwei Wochen zuvor ihr 62. Lebensjahr vollendet hatte.

Professor Hickel hatte den Lehrstuhl als Nachfolgerin von Prof. Dr. Wolfgang Schneider über Jahre hindurch versehen. Selbst Schülerin von Schneider, habilitierte sie sich nach einem Studienaufenthalt in Madison, Wisc./USA 1971 in Braunschweig für Geschichte der Pharmazie. Ein Forschungsschwerpunkt ihrer Abteilung war insbesondere auch die Geschichte der Biochemie. Für die Partei Die Grünen war Erika Hickel von 1983 bis 1985 Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzende der Enquête-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“. Als erste Frau an einer Technischen Hochschule wählte sie der Senat 1990 zur Vizepräsidentin. Der Vorstand und die Mitglieder der IGGP wünschen Frau Professor Hickel für den Ruhestand alles Gute.

\*

Für die Wahlperiode 1995–1997 ist **John Riddle**, Department of History, North Carolina State University, zum Präsidenten des American Institute of the History of Pharmacy, Madison, Wisc., gewählt worden. Er folgt Varro Tyler.



## Promotionen

An der Universität Bern wurde im Juli 1996 **Manfred Fankhauser** mit der Arbeit „Haschisch als Medikament. Zur Bedeutung von Cannabis sativa in der westlichen Medizin“ promoviert.

## Neue Mitglieder

Bergk, Verena, stud. pharm., Platanenstr. 2, 55129 Mainz

Binkert, Katrin, Einhorn-Apotheke, Rosenstr. 3, 91781 Weissenburg  
van Hautekerke, Romain, Markt 9, B-9140 Temse  
Jastrow, Kerstin, Gaimersheimer Str. 20a, 85057 Ingolstadt  
Kluge, Christel, Berliner Str. 20, 15848 Beeskow  
Knopf, Ilka, Kuhlendahl 58, 45470 Mülheim  
Meyer, Rudolf, Große Str. 46, 49076 Osnabrück  
Möller, Roswitha, Storch-Apotheke, Westfälische Str. 14, 44869 Bochum  
Mötting, Lucia, Klosterallee 80, 20144 Hamburg

Dr. Morck, Hartmut, Finkenstr. 8, 55270 Zornheim  
Müller-Konzen, Barbara, Raiffeisenstraße 3, 56821 Poltersdorf  
Schmücker, Anne, Hauptstr. 21, 59602 Rütten  
Steingießer, Bastian, Necklenbroicher Str. 78, 40667 Meerbusch  
Dr. Wittig, Helmut, Geschwister-Scholl-Weg 88, 07929 Graefenwarth  
Witzens, Barbara, Adler-Apotheke am Markt, Marktplatz 22, 40878 Ratingen

## Inhaltsverzeichnis 1996

### Themen:

Apothekerversorgung am Beginn des 19. Jh. 49  
Basel, Pharmaziehistorische Dissertationen 1930–1995 21  
Freiburger Magisterdiplom für J. C. F. Weissmann 40  
Glasflaschen der Reiseapotheke Augusts des Starken 33  
Medizinalgewichte, preußische 6  
Papaver somniferum im Licht der Pharmaziegeschichte (Teil 2) 18  
Pharmaziehistorische Sammlung Hein 2  
Reiseapotheke Augusts des Starken, Glasflaschen 33  
Schlafmohn, Alkaloide ... (Teil 2: Diacetylmorphin) 18  
Schuster, Julius, und das Berliner Institut ... 9  
Schweizer „Praktikanten“ bei Dr. R. Fresenius 36  
Studierende der Universität Straßburg 1882–1887 23  
Weiss, Franz Julius, der Caymener Apotheker 38  
„Wahrlich, er verdient nicht ein solches Loos“ – zur Apotheker-

versorgung am Beginn des 19. Jh. 49

### Autoren:

Diebold 40  
Graepel 38  
Hein 2, 33, 45  
Heinrici 33  
Junker 9  
Kurzweil 18  
Ledermann 30  
Meyer 2  
Müller-Jahncke 33  
Pittrow 18  
Schramm 21, 36  
Schröder 49  
Steffens 49  
Torud 29  
Vogel 6  
Wankmüller 23, 30, 45, 46

### Auszeichnungen:

Dilg, Peter 28  
Liebernickel, Bärbel 43  
Parascandola, John 29

### Persönliches:

Fundárek, Radoslav, Nachruf 45  
Hickel, Erika, Verabschiedung 55  
Mez-Mangold, Lydia, Nachruf 27

Wittop Koning, Dirk Arnold, 85 Jahre 44  
Zalai, Károly, 75 Jahre 45

### Sonstiges:

Aktivitäten der DGGP-Regionalgruppen 55  
DGGP-Vorstand, Zusammensetzung 43  
Diplomarbeiten 48  
Gesellschaft Deutsches Apotheken-Museum, Vorstandswahlen 3  
IGGP-Gesamtvorstand, Zusammensetzung 28  
32. Internationaler Kongreß für Geschichte der Pharmazie, Paris 27  
Mitglieder, Neue 48, 56  
Pharmaziehistorische Biennale '96 1, 31, 42  
17. Pharmaziegeschichtliches Seminar, Tübingen 31, 55  
Promotionen 32, 47, 56  
Schelenzplakette 28  
Schweizer. Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie, Tagung 3  
Urdang-Medaille 29, 46  
Valentin-Medaille 43

## Geschichte der Pharmazie

Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie e. V. und Mitteilungsblatt der Internationalen Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie e. V.

„Geschichte der Pharmazie“, bis 1989 „Beiträge zur Geschichte der Pharmazie“, erscheint vierteljährlich als regelmäßige Beilage der Deutschen Apotheker Zeitung. Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. W.-D. Müller-Jahncke, Friedrichstr. 3, 69117 Heidelberg, unter Mitarbeit von Dr. Frank Leimkugel, Mülheim, und Prof. Dr. Armin

Wankmüller, Tübingen (für die IGGP-Mitteilungen). Redaktionelle Bearbeitung: Bärbel Liebernickel, Stuttgart, Telefon 07 11/25 82-272. Herausgeberbeirat: Dr. K. Bartels, Lohr; Dr. W. Dressendörfer, Bamberg; Prof. Dr. Ch. Friedrich, Greifswald; Dr. K. Meyer, Oelde; Prof. Dr. A. Wankmüller, Tübingen.

Bei Einzelbezug jährlich 13,20 DM (zzgl. Porto), Einzelheft 5,00 DM (zzgl. Porto) (einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer).

Jede Verwertung der „Geschichte der Pharmazie“ außerhalb der Grenzen des Urheberrechts-Gesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.

© 1996 Deutscher Apotheker Verlag, Stuttgart, Printed in Germany. ISSN 0939-334X